

Rundschau

Informationsblatt der steirischen KPÖ

Ausgabe 139, Februar 2022 – zugestellt durch post.at

Zeitung der KPÖ für Judenburg

Mag. Hans Erschbaumer:

KPÖ trauert um einen unbeugsamen Genossen

Am 01. Februar 2022 ist unser langjähriger Judenburger Gemeinderat und Parteiaktivist Mag. Johann Erschbaumer im 86. Lebensjahr verstorben.



Mag. Johann Erschbaumer

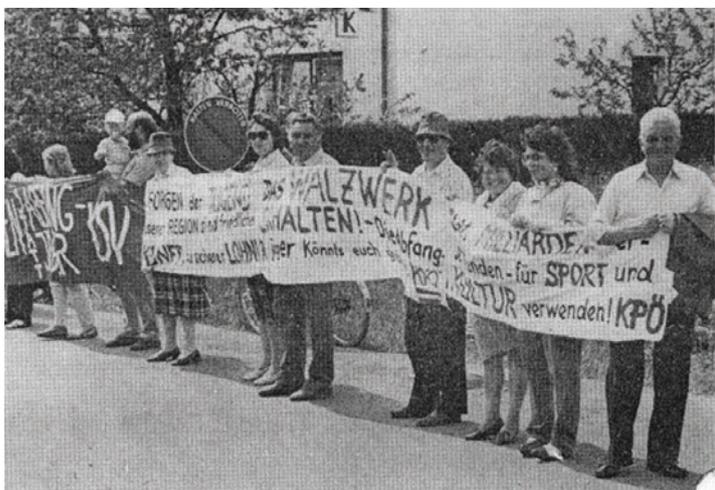
1936 - 2022

Geboren wurde Hans Erschbaumer am 18. 10. 1936 in Südtirol. Er hatte eine schwere Kindheit, er litt Zeit seines Lebens unter den Folgen der Kinderlähmung und wuchs im Heim auf. In der Steiermark trat er zunächst der SPÖ bei und war Gemeindesekretär in Vordernberg (Bezirk Leoben). Das Unverständnis für die kapitalismusfreundliche Haltung und die Doppelzüngigkeit der SPÖ prägte sein politisches Leben.

Seine Hinwendung zur KPÖ bedeutete den Verlust des sicheren Arbeitsplatzes. Am 1. Juli 1958 trat er der KPÖ bei und schaffte als Arbeiter im Hüttenwerk Donawitz im zweiten Bildungsweg die Matura.

Auch das Studium der Geographie und Geschichte an der Universität Graz konnte er erfolgreich abschließen. Während dieser Zeit arbeitete er auch als Portier im Grazer Volkshaus der KPÖ.

Als Mittelschulprofessor am Judenburger Gymnasium schuf er sich großes Ansehen über Parteigrenzen hinweg. Im Jahr 1980 schaffte er als Spitzenkandidat den Wiedereinzug der KPÖ in den Gemeinderat von Judenburg, dem er 17 Jahre lang angehörte. Dabei setzte er sich für die Rechte der arbeitenden Menschen ein und unterstützte die großen Kämpfe der Belegschaft und der Bevölkerung gegen die Zerschlagung des damaligen VEW-Betriebes, die in einer Großdemonstration im Jahr 1986 ihren Höhepunkt hatten.



Hans Erschbaumer bei der Menschenkette gegen die Stationierung der Draken, 1988

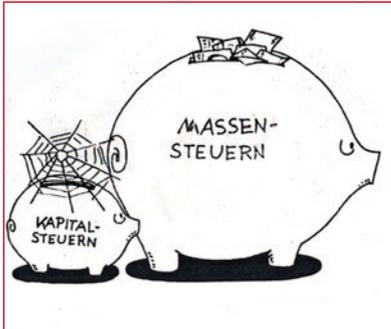
Auch in der Pension unterstützte er die Arbeit seiner Partei in Judenburg und der Steiermark solange es seine Kräfte zuließen. Für seine Frau Christine war er während ihrer Jahre im Gemeinderat eine wichtige Stütze. Als Sammler von fortschrittlicher Literatur hat er einen Beitrag zur Aufarbeitung der KPÖ-Geschichte im Aichfeld geleistet.

Die KPÖ wird das Andenken an Hans Erschbaumer stets bewahren, unser Mitgefühl gilt seiner Frau, Genossin Christine Erschbaumer.

Judenburger Finanzlage ist angespannt: Gemeinden werden finanziell ausgehungert

Schon vor der Corona-Krise war die finanzielle Situation der Gemeinden nicht rosig, die finanzielle Ausstattung durch Bund und Land völlig ungenügend. Nun hat sich die Situation verschärft. In Judenburg kommen zwar auch hausgemachte Probleme dazu, dennoch zeigt sich, dass die Gemeinden dringend eine ausreichende Finanzierung brauchen.

Die Finanzlage der Stadtgemeinde Judenburg ist mehr als angespannt. In der Stellungnahme der Gemeindeaufsicht zur Beurlaubung des Stadtamtsdirektors wurde das noch einmal deutlich. Aufgrund der finanziellen Situation der Gemeinde wird die Beurlaubung als rechtswidrig angesehen. Finanzstadtrat Christian Füller kündigt medial Einsparungen an. „Einsparungen auf Kosten der JudenburgerInnen darf es nicht geben!“ meint KPÖ-Gemeinderat René Windegger dazu.



Die Gemeindeaufsicht nennt in ihrer Stellungnahme besonders den hohen

Personalstand der Gemeinde, Stadtrat Füller weist auf Leistungen der Gemeinde wie Nachmittagsbetreuung und Heizkostenzuschuss hin. Die KPÖ spricht sich dagegen aus, Einsparungen bei den Leistungen der Gemeinde für die BürgerInnen durchzuführen. Sparmaßnahmen dürfen auch nicht auf Kosten der Gemeindebediensteten gehen. Dem Vorschlag bei den Bezügen der Ausschussvorsitzenden zu reduzieren schließt sich René Windegger an.

„Die Ursachen für die finanzielle Lage der Gemeinde liegen aber tiefer. Die Stadt gibt, „Stadtmarketing“ inklusive, über 900.000 Euro für Wirtschaftsförderung aus. Es kann nicht sein, dass das so bleibt während Leistungen gekürzt werden sollen. Auch Privatisierungen lehnen wir in jedem Fall ab.“ so Windegger. Viele der Probleme von Judenburg sind zwar hausgemacht, es zeigt sich aber auch wieder einmal, dass die Gemeinden unzureichend finanziert sind und mehr Geld brauchen um ihre Aufgaben zu erfüllen.

Die Wirtschaft hat von der Regierung Milliardenförderungen ohne Rückzahlungsverpflichtung erhalten. Im Gegensatz dazu werden Unterstützungsmittel, die Gemeinden erhalten haben, vom Bund bei künftigen Auszahlungen wieder einbehalten. Das ist genau das Gegenteil einer sozial gerechten Umverteilungspolitik, die so dringend notwendig wäre.



800 Mio. weniger für Gemeinden
Auch die „ökosoziale“ Steuerreform der schwarz-grünen Bundesregierung bringt eine zusätzliche Belastung. Sie wird den Gemeinden rund 800 Millionen Euro an Einnahmenverlust bringen. Deshalb, weil große Unternehmen durch die Senkung der Körperschaftssteuer weniger Steuern zahlen werden.

Diese Einnahmen fehlen dann im Steuertopf. Somit wird auch anteilmäßig weniger an die Gemeinden ausgeschüttet. Das wird unserer Gemeinde mehrere hunderttausend Euro kosten. Ein Steuergeschenk an die Reichen auf Kosten der Gemeinden - und damit letztlich auf Kosten der GemeindebürgerInnen.

Reiche wurden auch in Corona-Krise reicher

Eine Schweizer Studie hat festgestellt, dass Österreich im Pandemiejahr 2020 mit 4,5 Prozent die viert-höchste Millionärsdichte Eurpopas hat. In Österreich ist der Reichtum besonders ungleich verteilt. Demnach besitzen zehn Prozent der Bevölkerung mehr als 57 Prozent des gesamten Privatvermögens. Insgesamt ist der Reichtum in Europa im Krisenjahr 2020 trotz Rückgang der Wirtschaftsleistung auf das Rekordniveau von 69 Billionen Euro gestiegen. Wir meinen eine solche Konzentration von Reichtum ist unsozial, undemokratisch und unmoralisch.

Gegen Privatisierungen

Die Finanzlage der Gemeinden wird als Argument genutzt um den Druck in Richtung Privatisierungen zu verstärken. Das ist der falsche Weg. Im Gegenteil braucht die Gemeinde öffentliches Eigentum um auf solide Beine gestellt zu werden.

Die Gemeindewohnungen sind dabei besonders wichtig. Judenburg braucht die finanziellen Mittel um die Wohnungen sanieren und verbessern zu können. Damit kann die Gemeinde Geld verdienen, was wiederum Leistungen für die BürgerInnen bezahlbar macht.

Die Aufgabe einer sozialen Gemeinde: Den Menschen das Leben leichter machen!

Sorgen über die Zukunft oder die Gesundheit, Vereinsamung, psychische oder finanzielle Probleme. Viele Menschen durchleben gerade schwere Zeiten. Eine Gemeinde kann sicherlich nicht alle Probleme abfangen, aber vieles wäre umsetzbar wenn genug Geld bereitgestellt werden würde.



Gerade in den Zeiten der Krise hat die öffentliche Hand die Aufgabe die Menschen zu unterstützen, Hoffnung und Sicherheit zu geben. Dass den Gemeinden dafür das Geld fehlt ist ein großes Problem, gegen das wir gemeinsam ankämpfen müssen. Es ist genügend Geld vorhanden, es ist nur in den falschen Händen!



In Graz hat sich die Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ sich zum Ziel gesetzt eine sozialere, demokratischere und freundlichere Stadt zu schaffen. In Graz wurden die Gebührenerhöhungen ausgesetzt und die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Parteienförderungen gesenkt. Daran sollten wir uns ein Beispiel nehmen.



Einsparungen auf Kosten der JudenburgerInnen darf es nicht geben!

RENE WINDEGGER

KPÖ

KOMMENTAR

Rene Windegger,
ist KPÖ-Gemeinderat
in Judenburg



Gewinner und Verlierer der Krise

Während es für viele arbeitenden Menschen finanziell immer enger wird, sind die Reichen selbst während der Krise noch vermögender geworden. Das reichste Prozent der österreichischen Bevölkerung allein besitzt unglaubliche 39% des Gesamtvermögens! Höchste Zeit, hier gegenzusteuern!

Die KPÖ Steiermark fordert daher gerade jetzt, damit die Kosten der Corona-Krise nicht den arbeitenden Menschen umgehängt werden: Her mit einer Reichensteuer auf Vermögen von mehr als einer Million! Diese würde nur die reichsten 4% der Bevölkerung betreffen, aber uns allen zu Gute kommen!

Klar ist natürlich: Das Grundübel der gewaltigen Vermögensungleichheit wird es geben, solange es den Kapitalismus gibt. Ihn zu überwinden und eine Gesellschaft zu erkämpfen, in der das Wohl von uns allen wichtiger ist als die Profitinteressen einer kleinen Minderheit, das muss natürlich unser Ziel sein. Gerade jetzt braucht es aber erste kleine Schritte in diese Richtung. Eine Vermögenssteuer für die Superreichen wäre ein solcher Schritt, damit die arbeitenden Menschen besonders in diesen schweren Zeiten nicht noch mehr geschunden werden.

Ihr Rene Windegger
rene.windegger@judenburg.at

In Judenburg  KPÖ

Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: KPÖ Murtal, 8753 Fohnsdorf, Josefiplatz 3, Tel&Fax 03573 / 2166, Verantwortlicher Chefredakteur und Hersteller: Josef Meszlenyi, E-Mail: josef.meszlenyi@kpoe-steiermark.at. druck: gutenberghaus Offenlegung: die Blattlinie entspricht den Zielen des Vereins fortschrittlicher Kommunalpolitiker.

Heizkostenzuschuss: KPÖ beantragt Erhöhung

In der vergangenen Periode wurde auf Anregung der KPÖ ein Heizkostenzuschuss der Gemeinde Judenburg eingeführt. Er beträgt 50 Euro und wurde seitdem nicht erhöht. Das tägliche Leben wird immer teurer, die Ausgaben für Energie steigen besonders stark. Die KPÖ hat daher beantragt den Heizkostenzuschuss der Stadtgemeinde von 50 auf 80 Euro zu erhöhen.

Die Richtlinien des Judenburger Zuschusses sind besser als jene des Landes. Es können daher mehr Menschen unterstützt werden. Das ist gut und wichtig. Durch steigende Energiekosten ist es aber notwendig den Betrag zu erhöhen

Leider wurde unserem Antrag die Dringlichkeit nicht zuerkannt, die SPÖ stimmte mit ihrer Mehrheit dagegen. Der Antrag wird zwar im Sozialausschuss behandelt. Dadurch ist es aber nicht möglich noch in diesem Winter einen höheren Zuschuss auszubezahlen, bzw. wie von uns vorgeschlagen, Personen die bereits einen Heizkostenzuschuss bekommen haben die Differenz zu zahlen. Wir hoffen, dass es zumindest im nächsten Jahr zu einer Erhöhung kommt.

Causa Stadtamtsdirektor: Schaden von der Gemeinde abwenden

Wie in verschiedenen Medien berichtet hatte die SPÖ-Mehrheit gegen die Stimmen von ÖVP, FPÖ, Grünen und KPÖ die Suspendierung von Stadtamtsdirektor Mag. Florian Auer beschlossen und musste diese nach Aufforderung der Gemeindeaufsicht wieder zurücknehmen.

Die Vorwürfe rund um Bürgermeister Hannes Doleschal und Stadtamtsdirektor Auer wollen wir nicht beurteilen. Beide haben sich entschieden das vor Gericht zu klären.

Wichtig ist, dass der Schaden für die Gemeinde minimiert wird. Die Arbeit der Gemeindeverwaltung darf dadurch nicht gestört werden. Das Arbeitsklima im Stadtamt ist für eine funktionierende Stadt wichtig und wir hoffen, dass zumindest eine Ebene der Zusammenarbeit gefunden werden kann.

In Zukunft sollte solche Probleme auch bereits früher unter Einbindung aller Fraktionen besprochen werden um Lösungen zu finden. Dass man solche Nachrichten aus den Medien erfährt halten wir für nicht akzeptabel.

Sprechstunde mit Sozialberatung

**KPÖ-Bezirkssekretär Josef Meszlenyi
und DSA Karin Gruber**

Mittwoch, 9. März

**KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.30 bis 11.30 Uhr,
Voranmeldung: 03512/ 82240**

Profitgier oder Nachhaltigkeit?

Kommentar von Christine Erschbaumer

Ich freue mich sehr wenn ich darüber lese, dass immer mehr LandwirtInnen ihre Kühe, Schweine, Hühner und andere Tiere auch wirklich artgerecht halten und diese Bäuerinnen und Bauern ihr Tagewerk nur gut abschließen, wenn sie wissen, dass ihre Tiere gut versorgt sind.

Mir ist auch klar, dass auch in der artgerechten Tierhaltung geschlachtet werden muss. Dennoch ist diesen Tieren zumindest eine würdige Lebenszeit gegönnt.

In landwirtschaftlichen Großbetrieben, wo nur der Profit zählt ist die Massentierhaltung aber immer noch vorherrschend. Die Leiden der Tiere spielen dabei keine Rolle, Hauptsache die Rechnung stimmt.

Die Schleuderpreise mit denen die Fleischindustrie so ihre Gewinne macht, zerstören auch den Markt. LandwirtInnen die ihre Tiere artgerecht halten, können da nicht mithalten. Viele Menschen denken aber auch um und bevorzugen Qualität.

Auch aus gesundheitlichen Gründen: drei Mal Fleisch in der Woche ist genug für eine ausgewogene Ernährung.

Ich bedanke mich auch bei allen TiereschützerInnen, die sich zum Beispiel gegen die Schweinehaltung auf Vollspaltenböden einsetzen.

Ihre
**Christine Erschbaumer,
Gemeinderätin a.D.**



Protest der Pflegekräfte

Ohne bessere Arbeitsbedingungen und faire Entlohnung sind die Probleme nicht zu lösen



Tausende Pflegebeschäftigte haben in den letzten Monaten in vielen österreichischen Städten eindrucksvolle Zeichen für

die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen gesetzt. Vor dem LKH-Knittelfeld haben sich viele Menschen versammelt. Auch die KPÖ hat den Protest unterstützt.

Die Pflegekrise lässt sich nicht mehr leugnen. Laut OECD-Vergleich liegt Österreich bei der Anzahl der Pflegepersonen mit 7,7 pro 1.000 EinwohnerInnen europaweit im untersten Drittel, hinter Staaten wie Tschechien, Slowenien. Dadurch ist der Druck auf die einzelnen Beschäftigten enorm.

Jede zweite Pflegekraft denkt regelmäßig ans Kündigen. Schuld daran sind laut einer Umfrage unter Spitalpflegekräften hauptsächlich die sehr harten Arbeitsbedingungen und die schlechte Bezahlung.

Viele Beschäftigte - Pflegekräfte, ÄrztInnen und KrankenpflegerInnen - leisten Großartiges, aber sie arbeiten am Limit. Sie brauchen dringend eine Entlastung. Gute Arbeitsbedingungen und faire Gehälter wirken besser gegen Personalmangel als jede Image- und Werbekampagne.

Trotz der Missstände im Pflegebereich sind auf bundes- und landespolitischer Ebene keine Lösungen in Sicht. Stattdessen wird die Anwerbung von Pflegepersonal aus Kolumbien oder den Philippinen vorbereitet.

Die medizinische Versorgung, Pflege und Betreuung von Menschen ist eine schöne, aber auch sehr schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Es braucht faire Arbeitsbedingungen und endlich die entsprechende Entlohnung!

Die wichtigsten Forderungen:

- ▶ Mehr Personal & Anhebung des Pflege-Schlüssels
- ▶ Bessere Bezahlung und mehr Freizeit für das Pflegepersonal

- ▶ Deutliche Aufstockung der Ausbildungsplätze gegen den Personalnotstand
- ▶ Höhere finanzielle Unterstützung für Menschen in Pflege-Ausbildungen

Es braucht mehr Personal!



In der Pflege brennt der Hut! Die Beschäftigten in den Spitälern und Pflegeheimen arbeiten seit Jahren am Limit.

Anstatt dem endlich Rechnung zu tragen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern, stellten sich SPÖ und ÖVP weiterhin auf stur. Sie stimmten im Landtag gegen den KPÖ-Antrag, den Personalschlüssel in den Spitälern und Pflegeheimen endlich anzuheben.

Am Bettenabbau wird festgehalten!

Die Corona-Pandemie hat deutlich vor Augen geführt, dass es einen Ausbau der medizinischen Kapazitäten braucht um die Versorgung auch in Ausnahmesituationen zu sichern.

Im Gegensatz dazu setzt die steirische ÖVP/SPÖ-Landesregierung den Abbau von Spitälern und Spitalsabteilungen fort. Nun soll die Abteilung der Allgemeinchirurgie in Bruck geschlossen und nach Leoben übersiedelt werden. Von den derzeit 15 Spitälern sollen fünf bis acht zugesperrt, hunderte Spitalsbetten abgebaut werden. Schon in den vergangenen Jahren gab es es etliche Schließungen:

- Geburtenstation in Wagna (2012)
- Geburtenstation in Bruck (2012)
- Interne Abteilung Stolzalpe (2012)
- Geburtenstation Voitsberg (2013)
- Chirurgie und Anästhesiologie Mürzzuschlag (2013)
- Teilschließung Ambulanz Mariazell (2014)

So eine Zusperrpolitik ist verantwortungslos!

Airpower – heuer in Grün?



Immer häufigere Umwelt-ereignisse und Katastrophen machen deutlich, dass sich die Klimakrise verschärft und

dass ein anderer Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen dringend notwendig ist. Dass eine Veranstaltung wie die Airpower in diesem Zusammenhang nicht mehr zeitgemäß ist, wird immer mehr Menschen bewusst.

Das merken auch die Verantwortlichen und deshalb wird versucht der heuer geplanten Veranstaltung ein grünes Mäntelchen umzuhängen. Wie so oft wird auch hier die Verantwortung vor allem auf den/die Einzelne/n abgewälzt. Zum Beispiel sollen die Besucher mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen um die Umwelt nicht mit Autoabgasen zu belasten.

Das ist bezeichnend für den Umgang mit dem Klimawandel: Die arbeitenden Menschen sollen die Welt retten in dem sie weniger Energie verbrauchen, weniger Fleisch essen und weniger mit dem Auto fahren.



Das sind wichtige Punkte, dennoch sind für den größten Teil der klimaschädlichen Emissionen weltweit die großen Konzerne und die profitgetriebene Produktionweise verantwortlich. Nicht zu unterschätzen ist auch die Energie- und

Ressourcenverschwendung, die Rüstung, Armeen und Kriege verursachen. Während wir also unseren ökologischen Fußabdruck verkleinern sollen, zeigt der Staat, dass man Tausende Liter Kerosin einfach so verbrennen kann.

Geld für Soziales- und Gesundheit – statt für Shows mit Kampfflugzeugen

Gerade jetzt gibt es so viele Bereiche in denen Geldmittel dringend gebraucht würden. Zum Beispiel wurde trotz Pandemie nichts unternommen um die Kapazitäten im Gesundheitssystem auszubauen. Viele Menschen stecken noch immer in den finanziellen Schwierigkeiten, in die sie die Pandemie gebracht hat. Die Teuerung - besonders im Energiebereich - verschärft diese Probleme noch.

Das Grundkonzept der Airpower – massiver Treibstoffverbrauch von Kampf- und Zivilflugzeugen in der Luft und Besuchermassen bei der Anreise – ist mit Klimaschutz nicht vereinbar. **Noch wäre Zeit die Airpower abzusagen.**

In Zeiten der Klimakrise für eine Alternative zur Airpower



Die KPÖ lud anlässlich des Abschlusses der Weltklimakonferenz in Glasgow zur Pressekonferenz nach Knittelfeld. Im Bild der Spielberger KPÖ-GR Erich Wilding, KPÖ Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler und KPÖ-GR Josef Meszlenyi.

Während von der Bevölkerung ein Umdenken und nachhaltiges Verhalten gefordert wird, werden Ressourcen verschwendet als gäbe es kein Morgen.

KPÖ-GR Rene Windegger: „Die Airpower steht für einen verantwortungslosen Umgang mit Ressourcen und Umwelt. Wenn man von den Menschen ein Umdenken fordert, muss man das auch vorleben. Die KPÖ hat sich darum ein Konzept für eine nachhaltige und ökologisch sinnvolle Alternative zur Airpower überlegt.“

Vorgeschlagen wird eine Veranstaltung im Murtal, die die Katastrophenschutzkapazitäten des Bundesheeres und anderer Einsatzorganisationen in den Mittelpunkt stellt. Unter Einbeziehung von KlimaexpertInnen soll eine mehrwöchige Veranstaltung geplant werden, die sich zum Ziel setzt das Bewusstsein über die Auswirkungen der Klimakrise zu stärken.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler betont: „Österreich und die Steiermark hinken bei der Erreichung der Klimaziele hinterher, in dieser Situation Steuergeld für so eine Veranstaltung auszugeben ist widersinnig. Die KPÖ hat die Airpower von Anfang an aus Nachhaltigkeits- und friedenspolitischen Gründen abgelehnt. Durch die Verschärfung des Klimawandels wäre es umso drängender über Alternativen nachzudenken. Man kann viel über Nachhaltigkeit reden, man kann aber auch etwas tun!“

KPÖ-GR Josef Meszlenyi: „Die derzeitigen Bemühungen der Airpower eine grünes Mäntelchen umzuhängen sind absurd. Knittelfeld ist Klimaschutzgemeinde. Wer den Klimaschutzgedanken ernst nimmt kann nicht für die Airpower sein. Ich halte es aber nicht nur aus Klimaschutzgründen, sondern auch aus friedenspolitischen Gründen für verwerflich Kampf- flugzeuge zu verharmlosen und Waffen zur Volksbe- lustigung zu präsentieren“.

*** Interessierten schicken wir unser Konzept gerne zu. KPÖ-Knittelfeld, Tel.: 03512/82240, Mail: knittelfeld@kpoe-steiermark.at**

Bundesheer und Neutralität Mitspielen bei der EU-Militarisierung?

Das österreichische Bundesheer hat laut Verfassung den Auftrag die Souveränität und Neutralität Österreichs bewaffnet zu schützen. Dazu bekennen wir uns. Dafür braucht man keine teuren Abfangjäger oder kostspielige Auslandseinsätze.

In den letzten Jahren und Jahrzehnten gibt es eine besorgniserregende Entwicklung. Das Bundesheer wird fit gemacht um mit NATO-Armeen für gemeinsame Einsätze kompatibel zu sein. In diesem Zusammenhang ist auch die Kaufentscheidung für den Eurofighter zu sehen, aber auch die Teilnahme an den EU-Battlegroups, die an sich schon ganz klar der Neutralität widersprechen.

Was macht das Bundesheer in Afrika?

Auch die Auslandseinsätze des Bundesheeres finden nun vor allem im Rahmen von NATO und EU-Missionen statt. Unter anderem im Kosovo, zeitweise in Afghanistan oder in Mali. Dort ist Österreich an der Ausbildung einer Armee beteiligt, der im laufenden Bürgerkrieg schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden und die sich in den vergangenen Jahren mehrfach an die Macht geputscht hat.

Völkerrechtswidrige Kriege

Die NATO will mehr Soldaten in den Irak entsenden. Verteidigungsministerin Klaudia Tanner hatte erklärt Österreich sei zur Entsendung von „mindestens zehn, bei Bedarf auch mehr“ Soldaten in den Irak bereit. Die Militärpräsenz in vielen Staaten ist das Ergebnis völkerrechtswidriger Angriffskriege, wie gegen Jugoslawien, Afghanistan, Syrien, Libyen oder den Irak.

Durch eine aktive Vermittlungspolitik und echte Entwicklungszusammenarbeit könnte Österreich viel besser zu einer friedlichen Entwicklung beitragen. **Das neutrale Österreich hat bei solchen Militäreinsätzen nichts verloren!**

Airpower - gedanklicher Türöffner

Bei der Airpower werden die Faszination der Technik und spektakuläre Vorführungen dazu benutzt Waffen zu verharmlosen und Akzeptanz für Kriegsgeräte und Militäreinsätze zu schaffen. Auch das ist einer der vielen Gründe warum wir die Airpower ablehnen.



Meinst du die Russen wollen Krieg?

Lautete der Titel eines Gedichts des russischen Dichters Jewgeni Jewtuschenko in den 1960-er Jahren. Leider hat sich an der antirussischen Propaganda in all den Jahrzehnten nicht viel geändert. Trauriges Beispiel ist der Ukraine-Konflikt.

Anfang der 1990er Jahre, als sich das Warschauer Militärbündnis aufgelöst hat und Deutschland wiedervereinigt wurde, wurde Russland zugesagt, dass sich die NATO nicht nach Osten ausdehnen werde. Seitdem haben sich die Grenzen der NATO weit nach Osten verschoben. Die meisten ehemaligen Verbündeten Russlands bzw. der Sowjetunion sind mittlerweile NATO-Mitglied. Im Baltikum ist das Militärbündnis direkt an die Grenzen Russlands herangerückt.

Die NATO ist nicht bereit einen Beitritt der Ukraine auszuschließen, NATO-Truppen sind bereits in der Ukraine stationiert. Russland wird eingekreist und fürchtet um seine Sicherheit. Hinter dieser Politik der NATO stehen die weltpolitischen und wirtschaftlichen Interessen der USA. Der Konflikt in der Ukraine wird aufgestachelt um Russland unter Druck zu setzen.

Die EU spielt dieses Spiel mit - gegen die Interessen der Menschen in Europa. Der Frieden in Europa ist in Gefahr. Daraus könnte ein Weltenbrand entstehen. Ein Krieg in der Ukraine brächte unsägliches Leid in den betroffenen Regionen und wäre mit massiven Fluchtbewegungen verbunden. Die wirtschaftlichen Auswirkungen wären unabschätzbar.

Je näher eine Militärmacht an die Grenze einer anderen Militärmacht heranrückt, desto gefährlicher wird es. Eine Abrüstung der Waffen und der Worte, die Schaffung einer entmilitarisierten Zone und verlässliche Sicherheitsgarantien sind dringend nötig.

Militärausgaben 2020*

NATO: 1.103 Milliarden US-Dollar

USA ohne NATO: 778 Milliarden US-Dollar

Russland: 62 Milliarden US-Dollar

*Quelle: Stockholmer Friedensforschungsinstitut

Es ist an der Zeit: Nimm Dir ein Herz und werde KPÖ-Mitglied!

Die KPÖ Steiermark zeigt: Eine andere Politik ist möglich – mit Freundlichkeit, Solidarität und Widerstand! Damit es schon bald in vielen Orten in der ganzen Steiermark Erfolge wie in Graz geben kann, brauchen wir auch Dich:

Der richtige Zeitpunkt, aktiv zu werden, ist jetzt.

Werde Mitglied der KPÖ und hilf tatkräftig mit, die soziale Alternative in der ganzen Steiermark weiter aufzubauen.

Schreib uns eine Mail oder ruf uns einfach an!

Tel. 03512 / 822 40

knittelfeld@kpoe-steiermark.at

KPÖ-Sozialfonds 2021



9.311 €
 ...für 173 Murtaler:innen in Notlagen
 statt für die eigene Tasche.
 Das war der Tag der offenen Konten der KPÖ Murtal!

KPÖ

KPÖ-StR. Renate Pacher, KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ-Bezirkssekretär Josef Meszlenyi und DSA Karin Gruber

Seitdem KPÖ-MandatarInnen in Funktionen gewählt wurden die mit einem hohen Politikerbezug verbunden sind liefern sie einen beträchtlichen Teil in den KPÖ-Sozialfonds ab. Für KPÖ-MandatarInnen gibt es eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro.

Mit den eingezahlten Geldern werden bedürftige Menschen unterstützt. Jedes Jahr legen wir die Verwendung dieser Gelder in einer Pressekonferenz offen. Auch in der Obersteiermark gibt es den KPÖ-Sozialfonds. Wir führen Sozialsprechstunden durch, in denen wir von unserer Sozialarbeiterin Karin Gruber unterstützt werden.

Bezirkssekretär Josef Meszlenyi gab einen Überblick: „Die Armut weitet sich in der Krise aus. Es sind viele Menschen zu uns gekommen die noch nicht bei uns waren. Wir beobachten auch, dass es immer mehr junge Menschen sind die Unterstützung benötigen. Vor allem Wohnkosten sind für viele schwer zu bewältigen.“ Mit Unterstützung von Claudia Klimt-Weithaler konnten wir erstmals über 9000 Euro auszahlen.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler berichtete: „Durch unsere Sprechstunden bekommen wir einen tiefen Einblick in die Lage von Menschen für die sich andere Parteien überhaupt nicht interessieren.“ Für viele Menschen wirken Arbeitslosigkeit bzw. Kurzarbeit nach, Ersparnisse sind aufgebraucht.

DSA Karin Gruber wies darauf hin das oft auch eine Vollzeitbeschäftigung kein sicherer Schutz vor Armut ist. Viele Menschen sind in der Schuldenfalle und müssen sogar Schuden machen um Schulden zu bezahlen.

KPÖ-Sozialfonds 2021

Bezirk Murtal

Zinsen und Rest von 2020	12,36 €
Einzahlungen 2021	
LAbg. Werner Murgg	4.680,00 €
KO Claudia Klimt-Weithaler	4.620,00 €

Summe 9312,36 €

Ausgaben:

Für 173 Unterstützungsfälle: 9.311,00 Euro
 Saldo: als Plus für 2021 1,36 Euro

KPÖ Sozialfonds Obersteiermark West
 Seit Oktober 2005 gab es **2557 Unterstützungsfälle**, die mit einer Gesamtsumme von **136.953,87 Euro** unterstützt wurden.

KPÖ-Sozialfonds steiermarkweit:
 Gesamtausgaben für Sozialunterstützungen:
214.940,77 Euro für 1.694 Personen.

Seit 1998 wurden von der KPÖ **21.733 Familien und Personen** mit einer Gesamtsumme von **2.623.542,97 Euro** unterstützt.

Josef Meszlenyi schloss die Pressekonferenz mit einem Ausblick: „An der Wichtigkeit unseres Sozialfonds wird sich in Zukunft nichts ändern. Die Preise steigen in nie gekannte Höhen. Heizung, Strom, Lebensmittel, die Kosten wachsen den Menschen über den Kopf. Die Hilfe die wir bieten ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Darum ist es wichtig für grundlegende Veränderungen in der Gesellschaft zu kämpfen“.

Abgehobene Politiker-Gehälter führen zu abgehobener Politik.

Darum gibt es bei der KPÖ eine Gehalts-obergrenze:

Unsere Mandatar:innen behalten sich von ihren Polit-Bezügen **maximal 2.300 Euro** und helfen mit dem großen Rest Menschen in Notlagen.

Seit 1998 sind so mittlerweile über **2,6 Millionen Euro** bei 21.733 Steirerinnen und Steirern in Notsituationen statt in den Taschen unserer Mandatar:innen gelandet. Weil **„Helfen statt Reden“** bei der KPÖ keine leere Floskel, sondern gelebte Praxis ist!